

Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan

**„Talentförderung oder Elitenbildung?
Eine Frage der Bildungsgerechtigkeit“,
Evangelische Stadtakademie Frankfurt, 27. Oktober 2010**

Anrede,

I. Was heißt Gerechtigkeit?

Zwei Fragen müssen wir dabei im Kopf behalten. Erstens: Zwischen wem soll Gerechtigkeit herrschen? Und zweitens: Bezogen worauf soll Gerechtigkeit herrschen?

Gerechtigkeit als proportionale Leistungsgerechtigkeit

„Jedem das Seine“ heißt eine Formel, die wir, wenn es um Gerechtigkeit geht, oft hören oder selbst verwenden. Sie geht auf eine alte Tradition seit Aristoteles zurück, der in seiner Nikomachischen Ethik „Gerechtigkeit“ als die höchste Tugend gepriesen hat, weil sie für „die anderen“, für unser gesellschaftliches und politisches Zusammenleben, von größter Bedeutung ist. Als Antwort auf die Frage, was Menschen gerechter Weise zusteht, unterscheidet Aristoteles zwischen Gerechtigkeit und Gleichheit. Gerechtigkeit kann nicht alles über einen Kamm scheren, sie muss Unterschiede berücksichtigen, weil z.B. unterschiedliche Leistungen nicht gleich belohnt werden können. Gleiches kann also nicht für Ungleiches gelten. Sechs Stunden der gleichen Arbeit können nicht genauso bezahlt werden wie zwölf. Das wäre ungerecht. Aristoteles fordert eine Entsprechung, eine Proportionalität zwischen dem, was ein Bürger in das Gemeinwesen, modern gesprochen: ein Arbeiter in ein Unternehmen einbringt, und dem

was er, z.B. an Ehre und Ansehen oder an Lohn dafür erhält. Zugleich aber gehört zur Gerechtigkeit auch ein Element der Gleichheit, weil *jeder auf gleiche Weise für eine gleiche Leistung belohnt werden muss*. (Die dialektischen Volten, mit denen Aristoteles erklärte, warum dies für die Sklaven nicht zutreffe, lasse ich hier außen vor.)

Heute fordern wir, durchaus in Aristoteles Sinne: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Es empört uns, wenn Statistiken zeigen, dass Frauen deutlich weniger Lohn erhalten als Männer, obwohl sie die selbe Tätigkeit ausüben. Vielfach ist es auch so, dass Frauen von vorneherein in typische, niedrig entlohnte Frauenberufe abgedrängt werden oder von Anfang an in niedrigere Entgeltgruppen eingeordnet werden. Das Gerechtigkeitsmaß wird hier nicht nur direkt, sondern auch versteckt verletzt, weil Frauen aus einer ganzen Reihe von Gründen benachteiligt sind – z.B. aus traditionellen Vorurteilen, wegen ungleicher Aufteilung der Familienarbeit oder wegen des allgemein männlich geprägten Charakters der Arbeitswelt.

Damit wird zugleich deutlich, dass Gerechtigkeit in einem komplexen Umfeld hergestellt werden muss, in dem nicht nur Arbeitnehmer in einem Unternehmen, sondern gesellschaftliche Vorurteile, die Organisation der Familie und noch viel mehr eine wichtige Rolle spielen. Gerechtigkeit ist nicht nur eine individuelle Tugend oder Zeichen eines persönlichen Verhältnisses, sondern auch das leitende Prinzip menschlichen Zusammenlebens.

Wenn Frauen am Arbeitsplatz benachteiligt werden, stört uns das, weil wir heute den Frauen die gleichen Rechte und Fähigkeiten zusprechen wie den Männern. Das war von Aristoteles bis weit ins 20. Jahrhundert hinein keineswegs so. Wer die Geschichte des in Deutschland gerade neunzig Jahre alt gewordenen Frauenwahlrechts betrachtet, kann eine ganze Folge von aus heutiger Sicht geradezu

Kabarett reifen Begründungen dafür lesen, warum man Frauen das gleiche Wahlrecht vorenthielt. Frauen haben angeblich weniger Verstand, geringere Kenntnisse, nicht die nötige Reife. Der preußische Innenminister Freiherr von Hammerstein-Loxten bekannte im Jahr 1902: „Ich will nicht, dass die Frauen in politischen Versammlungen mitreden. Es sähe traurig aus um unseren preußischen Staat, wenn die leichte Erregbarkeit der Frauen gerade in öffentlichen Versammlungen das Volk bewegen sollte. Davor müssen wir uns hüten, es soll der Polizei immer die Befugnis bleiben und sie soll scharf eintreten, sobald die Frauen versuchen, auch politisch tätig zu sein.“ Noch nach dem Zweiten Weltkrieg stellte der Vorsitzende einer deutschen Volkspartei fest: „Als Einzelne wirkt die Frau wie eine Blume, im Parlament aber in der Masse wie Unkraut.“ In diesem Fall hat man also „Jedem das Seine“ so verstanden, dass Frauen eben als „Ungleiche“ angesehen wurden, sie gehörten nicht zum Sammelbegriff „Jedem“, ihnen stand infolgedessen prinzipiell weniger oder jedenfalls anderes zu. Das „Seine“ hieß für Frauen dann, dass sie die Politik gefälligst den Männern überlassen sollten.

Diese Beobachtung verweist uns auf die beiden bereits erwähnten leitenden Fragen: Zwischen wem soll Gerechtigkeit herrschen? Zwischen Frauen und Männern? Zwischen Jungen und Alten? Zwischen denen, die heute leben, und den nachfolgenden Generationen? Zwischen Deutschen und Polen? Afrikanern und Europäern? Zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen? Und handelt es sich dabei nur um die bisher in Rede stehende proportionale Leistungsgerechtigkeit oder steht „jedem“, steht allen etwas Gleiches zu, jenseits einer vergleichbaren Leistung, allein weil ihre Würde dies verlangt?

In der Vergangenheit haben diese Fragen immer wieder andere Antworten gefunden. In früheren Zeiten hat man große Gruppen von Menschen aus der Gleichheit und damit der Teilhabe ausgeschlossen: Leibeigene, Menschen ohne

eigenständiges Einkommen zum Beispiel vom Wahlrecht. Die Geschichte ist voller harter, auch gewalttätiger Auseinandersetzungen darüber, wer oder welche sozialen Gruppen, Schichten, Klassen in die prinzipielle Gleichheit der Menschen einbezogen werden müssen. Dabei kann man eine geschichtliche Tendenz ausmachen: die der zunehmenden Inklusion, des fort schreitenden Ein-schlusses aller Menschen in eine grundlegende Gleichheit der gleichen Würde, des gleichen Rechts auf Selbstbestimmung. Hier folgt „das Seine“ nicht mehr aus einer besonderen Leistung, sondern bereits aus der Tatsache, dass wir alle Menschen sind und daher ein gleiches Recht zum Beispiel auf ein Leben in Würde haben. In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 heißt es: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“

Von Jahrhundert zu Jahrhundert ist so immer ausdrücklicher die prinzipielle Gleichheit aller Menschen in den Menschenrechten, als universalen Rechten aller hinsichtlich ihrer Würde, ihrer Freiheit und Sicherheit anerkannt worden. Heute gehören dem „Jedem“ des Aristoteles *der Norm und dem Recht nach* alle Menschen an. Inklusion eben. Das „Seine“ bedeutet hier für jeden das Gleiche. Allerdings nicht ganz: denn das gleiche Recht bedeutet nicht notwendig, dass alle es in der Wirklichkeit in gleicher Weise wahrnehmen können.

Wie sieht es faktisch aus? Sind wir über das gleiche Recht aller Menschen, nachts unter Brücken zu schlafen, wie Anatol France die Menschenrechte sarkastisch kommentiert hat, hinaus gekommen? Falls, nein: Wie kommen wir dahin, dass die prinzipielle, manche sagen angeborene Gleichheit der Menschen und damit ihr gleiches Recht auf Freiheit Wirklichkeit werden?

Gerechtigkeit als Chancengleichheit

Im 20. Jahrhundert hat der große amerikanische Philosoph John Rawls in seiner „Gerechtigkeitstheorie“ („A Theory of Justice“) das Jahrhunderte lange Nachdenken über Gerechtigkeit in einem Bild zusammengefasst, das uns helfen soll, gerechte Bedingungen, Regeln, Institutionen und Verfassungen zu schaffen, die dem gleichen Recht auf Freiheit als Chancengleichheit dienen. Sein Gedankenexperiment geht so: Stellen wir uns vor, wir säßen alle hinter einem „Schleier des Nichtwissens“. Dann wüssten wir nicht, an welcher Stelle der zu bestimmenden Ordnung wir stehen. Wir wüssten nicht, ob wir in dem Gemeinwesen – nicht nur im Staat, auch in einer Schule, in einer Kommune, in einem Unternehmen – für das wir die Regeln schaffen wollen, jung oder alt, eher intellektuell oder praktisch begabt, Mann oder Frau etc. sein würden. Daher käme es in unserem eigenen Interesse darauf an, dass wir in jeder dieser Situationen gut, oder zumindest nicht ganz schlecht wegkommen, dass wir eine gleiche Chance erhielten, unser Leben sinnvoll zu gestalten, nach unserem frei gewählten Sinn. Es wäre reizvoll, eine solche Situation einmal in einer Schule, einem Krankenhaus oder einem Stadtteil nachzuspielen und auf der Basis dieses Einnehmens der Rolle des anderen die Spielregeln neu zu bestimmen.

Rawls Nachdenken hat ihn zu einer Begründung moderner liberaler Verfassungen geführt, die unterschiedliche Entlohnungen oder gesellschaftliche Positionen in der Gesellschaft dann anerkennt, wenn Abweichungen nach oben den unteren sozialen Schichten Vorteile bringen. Es ist schwer, wenn nicht unmöglich, zum Beispiel für eine konkrete Einkommensverteilung einen solchen Nachweis des Vorteils für die Ärmern zu führen. Aber ein anderes Ergebnis seines Nachdenkens mag uns weiter führen. Denn Rawls weist darauf hin, dass der Vorrang der Freiheit, die Unverzichtbarkeit der Selbstbestimmung für die Würde des Menschen *einem* Gerechtigkeitsaspekt eine besondere Bedeutung beimisst: dass eben jedem Menschen im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte *die gleiche Chance zusteht, seine Freiheit, seine Selbstbestimmung zu leben.*

Jedem das Seine heißt demnach: Jeder hat einen gleichen Anspruch darauf, *sein* Leben, gerade auch in seiner jeweiligen Eigenart selbst zu bestimmen. Damit muss nicht jeder das gleiche besitzen oder die gleiche gesellschaftliche Position bekleiden. Aber alle Verhältnisse, die diese gleiche Chance verwehren, sind ungerecht.

Das zieht natürlich einen ganzen Rattenschwanz von Fragen nach sich, sowohl in Bezug auf unsere Verhältnisse in Deutschland, als auch in Europa, ja in der Welt. Denn wir hatten ja gesehen: Das Gebot der Gerechtigkeit gilt heute für alle Menschen. Gerechtigkeit heißt dann: gleiche Chance, für ein sinnvolles Leben, gleiches Recht auf Selbstbestimmung, gleiche Freiheit für alle Menschen. Der Soziologe Ulrich Beck hat vor einiger Zeit in einem Artikel eindringlich darauf hingewiesen. Es lohnt sich, diese Interpretation der Gerechtigkeit weiter zu verfolgen. Denn wir müssen dann nicht einen perfekten Gesellschaftszustand zeichnen, was wir nicht könnten und was uns in die Nähe totalitärer Entwürfe brächte. Wir können vielmehr sehr realitätsnah prüfen, was die Menschen unbedingt brauchen, um ihr Leben in Freiheit zur Verwirklichung ihrer Würde gestalten zu können.

Handlungsfelder für Politik im Dienste von Gerechtigkeit als Chancengleichheit

Wolfgang Merkel, Professor und herausragender Sozialwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin, hat kürzlich im Anschluss an John Rawls eine Reihe von Bereichen zusammengestellt, in denen Politik im Dienste einer Gerechtigkeit als Chancengleichheit tätig werden kann. Dazu gehört nach Merkels Auffassung eine materielle *Grundsicherung zum Schutz gegen Armut*, insbesondere bei unverschuldeten Lebensrisiken,

die *Vermeidung extremer Einkommensunterschiede*, die – wie schon Aristoteles wusste – den sozialen Zusammenhalt gefährden und in der Regel nicht durch Leistungsunterschiede zu rechtfertigen sind, die *Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern*, die *Integration in den Arbeitsmarkt*, weil hier über Einkommen, Prestige und die tatsächliche Zugehörigkeit zur Gesellschaft entschieden wird und die *Gerechtigkeit zwischen den Generationen*, in der es darum geht, welche Welt wir unseren Nachkommen übergeben. Zu denken ist hier an die Schuldenlast, aber auch die zerstörte oder bewahrte Natur und Umwelt und natürlich das Klima.

Allem voran aber rangiert für die Politik der Handlungsbereich von Bildung und Ausbildung, *weil hier die wichtigsten Weichen gestellt werden für die Lebenschancen jedes einzelnen Menschen*. Dies ist heute besonders bedeutsam angesichts eines immer unübersichtlicheren Arbeitsmarktes, ganz allgemein: einer immer unübersichtlicheren Welt, in der jeder seinen Weg finden muss und möchte, auch wenn er vor unerwartete Herausforderungen gestellt ist. Ich sehe hier die individuelle Person im Zentrum aller Überlegungen. Aber diese Person lebt nicht allein, könnte gar nicht allein überleben. Deshalb ist das Ziel von Bildung dort, wo seit der Antike darüber nachgedacht wurde, immer mit Blick auf das Gemeinwesen, den Staat, die Polis formuliert worden, die die Hülle für alle Gemeinsamkeit abgibt.

Der Bildung kommt also für die Gerechtigkeit eine ganz herausragende Bedeutung zu, wenn es uns um eine gerechte Zukunft in einem freiheitlichen Deutschland, in einem einigen Europa und in einer globalen Verantwortung geht. Deshalb gehören heute mehr denn je Gerechtigkeit und Bildung zusammen.

Armut

Bevor ich aber meine Überlegungen über diesen zweiten Teil des heutigen Themas fortsetze, lassen Sie mich noch einige Folgerungen aus der Gerechtigkeitsforderung für die übrigen Politikfelder ziehen, die dringend der Gestaltung bedürfen. Zunächst zur *Armut*: Mit der Abwehr unverschuldeter Armut betreten wir das weite Feld der sozialen Sicherung, das zukünftig nicht mehr allein nationalstaatlich gestaltet werden kann. Wir brauchen für die Zukunft das soziale Europa, das zu schaffen nicht leicht fallen wird, weil die sozialstaatlichen Traditionen in den verschiedenen europäischen Ländern überaus tief in ihrer jeweiligen Vergangenheit verankert sind. Man wird sie auch zukünftig nicht in eine Uniform pressen können, aber vielleicht, um im Bild zu bleiben, wird man einen gemeinsamen Mantel gegen die Unbill von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Tod schneidern können, damit sich die Menschen in Europa wie in ihren Nationalstaaten zu Hause fühlen.

Die Aufgabe, auf der Ebene des Nationalstaats Gerechtigkeit zu schaffen, bleibt uns also erhalten. Für die praktische Politik kann es in meinen Überlegungen nicht um Einzellösungen gehen. Aber aus den Erfahrungen mit unterschiedlichen Regelungen der sozialen Sicherung lassen sich im internationalen Vergleich *einige prinzipielle Schlussfolgerungen ziehen*. Dazu gehört, dass vorbeugende Lösungen besser wirken und weniger kosten als nachträglich heilende. Deshalb kommt der Vorbeugung, der Vorsorge, der Stärkung von Selbstständigkeit auch im Sinne des traditionsreichen Prinzips der Subsidiarität eine herausragende Bedeutung zu. Hier geht es grundlegend um die Stärkung der individuellen Person, um ihrer Freiheit, ihrer Verantwortungsfähigkeit, ihres Selbstwertgefühls – weil sie ihr Leben autonom führen kann – und ihres Lebenssinns willen.

Auch der Gedanke des bewährten Subsidiaritätsprinzips, dass die jeweils kleineren Einheiten – die Familie, die Kommune, das Land – Aufgaben übernehmen sollen, bevor die jeweils größere Einheit auf den Plan tritt, gehört dazu. Aber dieses Prinzip darf uns nicht blind oder hartherzig machen gegenüber den Grenzen, die den einzelnen Menschen und den kleineren Einheiten in der Wirklichkeit oft gesetzt sind. Deshalb muss Subsidiarität eingebettet sein in gesamtstaatliche Solidarität und in einen vorbeugenden, aktivierenden Sozialstaat. Hier haben die skandinavischen Länder gute Erfahrungen damit gemacht, die sozialen Sicherungssysteme nicht an die Löhne und Gehälter zu binden, sondern durch Steuern zu finanzieren. Damit entsteht eine größere Flexibilität, die wir brauchen, um unser Leben in Zukunft besser sowohl mit unseren persönlichen und familiären Wünschen in Einklang zu bringen als auch um beruflich auf die Unübersichtlichkeit der Arbeitsmärkte reagieren zu können.

Die Bedeutung öffentlicher Güter für die Gerechtigkeit

Lernen können wir auch aus der Erfahrung, dass *öffentliche Dienstleistungen* – Krippen, Kindergärten, Bildungsanstalten – Chancengleichheit und damit Gerechtigkeit besser fördern als individuelle Transferzahlungen. Es bekommt den Bildungschancen von Kindern aus bildungsnahen wie bildungsfernen Familien besser, wenn gute Krippen, Tagesmütter und Kindergärten auf sie warten als wenn ihre Familien zusätzliche Geldzahlungen erhalten. Man mag darin einen Widerspruch zum Prinzip der Subsidiarität, das ich ebenso hochhalte, erkennen. Aber hier handelt es sich um ein unvermeidbares Spannungs- und Ergänzungsverhältnis zwischen Subsidiarität und Solidarität, für das nach unseren jeweiligen Erfahrungen immer wieder neue politische Klärungen und Gewichtungen gefunden werden müssen.

Die Finanzkrise hat uns jedenfalls vor Augen geführt, dass wir nicht alles dem Selbstlauf der Märkte überlassen dürfen, sondern zur Sicherung von Gerechtigkeit als Chancengleichheit der *Bedeutung öffentlicher Güter* wieder mehr Aufmerksamkeit widmen müssen, und dies im nationalen wie im globalen Maßstab. Die individuelle Freiheit, die als Leitbild ganz obenan steht, darf *nicht zu einer Privatisierung aller staatlichen Aufgaben und damit zu einer Geringschätzung öffentlicher Güter* wie einer guten Verkehrsanbindung auch auf dem Land (wo es sich vielleicht nicht so rentiert), einer vorzüglichen Bildung für alle, einer öffentlichen Gesundheitsvorsorge und nicht zuletzt der öffentlichen Sicherheit führen. Der Schutz von Freiheit und von Sicherheit im Dienste der Freiheit ist die Kernaufgabe des Staates und das hat eben Konsequenzen, die wir nicht bagatellisieren dürfen.

II. Wozu Bildung und welche Bildung?

In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hat eine utilitaristische Verengung der Bildungsziele um sich gegriffen. Mir liegt daran, die Gefahr dieser Verengung vor Augen zu führen, weil sie schleichend und umso bedrohlicher daher kommt und ohne ihre klarsichtige und mutige Überwindung die Bildung ihre Zukunftskraft nicht entfalten kann. Ich sehe sie im Zusammenhang mit dem seit den achtziger Jahren erkennbaren Schub der ökonomischen Globalisierung, der die öffentlichen Debatten und die beherrschende Weltsicht in fast allen Lebensbereichen durch eine bisher nicht gekannte wirtschaftlich verengte Marktradikalität geprägt hat.

Der Vorrang des ökonomischen Prinzips einer rasch sichtbaren Effizienz und eines möglichst ungebremsten Wettbewerbs hat die Weisheit von Jahrhunderten verdrängt, dass Bildung langfristiges und gemeinsames Denken braucht, dass sie verkümmert, wenn man sie nur für vordergründige Ziele instrumentalisiert wird,

dass mit der Geringschätzung zweckfreier Neugier kostbare Erkenntnisquellen versiegen, die uns in Zukunft unerwartete und ebenso unverzichtbare Dienste leisten können. Vor 25 Jahren waren die Islamwissenschaften an den Universitäten ein „unnützes“, so genanntes Orchideenfach. Heute blühen sie überall, weil Wissen über den Islam allenthalben auch praktisch gefragt ist. Dies zeigt: Wir wissen heute nicht, was wir in 25 Jahren wissen müssen.

Damit sind wir schon mitten in den Überlegungen zur Bildung, die in heutiger Zeit im Zentrum von Gerechtigkeit stehen muss. Was aber ist Bildung? Jedenfalls ist sie in aller Munde: Alle fordern sie, möchten sie verstärken, reformieren, ausweiten. Manche rufen die Bildungsrepublik Deutschland aus, andere veranstalten Bildungsgipfel, doch mehr als tönernen Parolen bleiben am Ende nicht davon übrig. Die Zahl der Schüler ohne Abschluss – 80.000 pro Jahrgang – ist ebenso alarmierend wie der schon jetzt sichtbare Fachkräftemangel, der eines unserer größten Zukunftsprobleme darstellt. Schreiend ungerecht ist aber vor allem die soziale Selektion der Bildungschancen. Mehr als irgendwo sonst in Europa hängt bei uns in Deutschland die Chance für gute Bildung an der sozialen Herkunft. Das dreigliedrige Schulsystem selektiert zu früh und zu hart. Es gibt zu wenige Lehrerinnen und Lehrer und zu große Klassen. Im Pisa-Vergleich schneiden wir – trotz gradueller Verbesserungen – nicht gut ab. Die Zahl der Hochschulabsolventen reicht für die Zukunftsaufgaben Deutschlands nicht aus, die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft liegt im europäischen Vergleich im unteren Drittel der EU. Diesen Trend haben wir auch keinesfalls umgekehrt, seit wir Bildung zum alles überragenden Schlagwort gemacht haben: Gemessen an der Wirtschaftskraft unseres Landes sinken die staatlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen, wie der jüngste Bildungsfinanzbericht alarmierend gezeigt hat: Der Anteil der staatlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sank zwischen 1995 und 2005 von 4,1 auf 3,9 Prozent.

Angeblich ist an allem unser Föderalismus schuld, und natürlich, dass wir nicht genug Geld haben. Ich behaupte, der Grund für die viel zu niedrige Priorität, die wir der Bildung einräumen, ist ein anderer: *Bildung ist zwar ein Schlagwort, das gerne angeführt wird und in aller Munde ist, aber wenige halten sie für wirklich wichtig.* Jedenfalls nicht in ihrer umfassenden und unverzichtbaren Bedeutung: als nicht nur Fach-, sondern vor allem Persönlichkeitsbildung, an der jeder sein Leben lang arbeitet, in der die Person ihre Fähigkeiten, ihre Verantwortung, ihre eigenständige Urteilskraft in Auseinandersetzung mit der Welt und mit Blick auf das Gemeinwesen so gut wie möglich entwickelt – als Kleinkind beim Türmchen bauen, als Halbwüchsiger im Fußballteam, als verantwortungsbereite Filialeiterin in einer Einkaufskette, als Lokomotivführer, als Ingenieurin energiesparender Autos, als urteilsfähiger Bildungspolitiker.

Und diese Bildung erwerben wir nicht allein wie Robinson auf der Insel – wo er immerhin seinen Freund Freitag dabei hatte –, sondern zusammen mit anderen, mit denen wir in Konflikt geraten, aber auch Aufgaben gemeinsam lösen können, mit denen wir uns deshalb über die Regeln des Zusammenlebens – im Betrieb wie im Gemeinwesen – verständigen und einigen müssen. Bildung als Entwicklung der Individuen mit ihren je eigenen intellektuellen und emotionalen Fähigkeiten, als Vorbereitung auf ein aktives Bürgersein mit Verantwortung für das Gemeinwesen, als Veranstaltung, die allen ihre Chance gibt, die die Inklusion aller in das Gemeinwesen praktiziert, anstatt ihr Augenmerk auf die Auslese weniger zu richten, eine solche Bildung findet jedenfalls in den meisten Chefetagen unserer Verantwortungsträger keine engagierten Anhänger.

Wenn heute zum Beispiel im Hochschulwesen Studiengebühren gefordert werden, damit die Studierenden als „Kunden“ eine bessere Lehre reklamieren, dann hat man von dem, was Bildung eigentlich heißt, nichts verstanden. Denn Bildung ist keine Ware, sondern eine Leistung,

zu der eine eigene unaufhörliche Anstrengung gehört, die eher gelingt, wenn man Freude an der Leistung hat und weiß, wozu sie dienen mag. Dabei kann man natürlich von guten Lehrern, die ihrerseits auf ihren Beruf gut vorbereitet sein müssen, wichtige Hilfe erfahren. Aber die gegenwärtige Lernsituation von den Kindergärten bis zur Universität, vor allem der Geist, in dem Bildung zu meist öffentlich gefordert und diskutiert wird – sie laufen dem tieferen und allein zukunftssträchtigen Bildungsverständnis zuwider. Deswegen spreche ich mich nicht nur aus sozialen Gründen gegen Studiengebühren aus, sondern auch, weil sie für mich die Idee des Lernens pervertieren.

Eigentlich kann man da gar nicht von Geist sprechen, weil Geist in unserer deutschen Sprache ein umfassendes Denken meint. Im Gegensatz dazu wurde Bildung in den letzten zwanzig Jahren zunehmend und fast ausschließlich als nützliches Instrument für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands und Europas gepriesen und begründet. Der ganze Bologna-Prozess beruft sich praktisch auf nichts anderes. Ganz logisch wurde Bildung damit auf eng fachspezifisches, möglichst schnell und sichtbar verwertbares Wissen reduziert und ihre Leistung an ökonomischen Kriterien gemessen. Ökonomisch heißt hier: Im Sinne der neuzeitlichen Rationalität, wie Max Weber sie beschreibt: Effizienzsteigerung mit möglichst wenig Mitteln: Schnell und zielgerichtet von A nach B kommen, keine Umwege, keine Fehler, kein Liebeskummer. Je kürzer die Schulzeit und das Studium, desto besser, je mehr Drittmittel, desto forschungstärker, je enger mit der Wirtschaft verbunden, desto exzellenter. Soziales oder politisches Engagement in der Mitverwaltung von Schule oder Hochschule, das Sammeln künstlerischer Erfahrungen, geduldiges Nachdenken ohne verwertbares Ergebnis, überhaupt komplizierte Zusammenhänge ergründen, die sich nicht in zwei Sätzen zusammenfassen lassen, Umwege gehen, Scheitern zugeben und verarbeiten, was untrennbar zu Kreativität und Innovation gehört, all das können wir uns in der schönen neuen Welt der Bildung nicht mehr leisten.

Wir hasten von Output zu Output und müssen immer in Höchstform sein. Philosophie – die es nach Odo Marquard besonders gut aushält und praktiziert, Fragen zu stellen, auf die es keine eindeutige Antwort gibt – wird dabei dysfunktional, überflüssig, ihre Professuren werden gestrichen. Dass damit eine Kultur der Begründung verkümmert, ohne die eine Demokratie auf Dauer zur leeren Hülle wird und ihre substanzielle Gemeinsamkeit verliert, fällt so lange nicht auf, wie alles zu laufen scheint. Die weltweite Finanzkrise bietet eine Chance, die jahrelange geradezu barbarische Reduzierung der Bildung durch eine neue Nachdenklichkeit zu überwinden. Wenn uns das nicht gelingt, zeigen wir, wie unimportant uns Bildung in Wirklichkeit ist, trotz allen öffentlichen Geredes.

In derselben Geisteshaltung wurde auch der Wettbewerb zum König, er wurde gleichermaßen zum einzigen Motor und zugleich verbindlichen Maßstab von Bildung gekrönt. Leistung entsteht demnach nur durch Wettbewerb und zeigt sich – ohne dass man weiter nachdenken oder argumentieren muss – in Rankings. Wer auf Nummer eins steht, muss einfach grandios, nein natürlich exzellent sei. Und wenn man sich von Nummer 44 auf Nummer 27 hochgearbeitet hat, ist man definitiv auf dem richtigen Weg. Eigenes Nachdenken über die Sache selbst, Descartes Spruch, dass an allem zu zweifeln sei – *de omnibus dubitandum* – der traditionelle Imperativ aller Wissenschaft, erübrigt sich. Ich fühle mich am wohlsten, wenn ich besser bin als alle anderen oder wenigstens zu den zehn Besten gehöre, von der Schule bis zur Hochschule. Mein Selbstwertgefühl steigt, je schlechter die anderen sind, denn nur daran misst es sich ja. Dass in einem solchen Klima kein Vertrauen gedeihen kann, liegt auf der Hand. Ob in der Schule, im Unternehmen oder zwischen den Banken: Gemeinsamkeit des Handelns ist allenfalls im Team gegen andere angesagt, um zu gewinnen, nicht wegen einer dringlichen und womöglich alle einigenden Aufgabe wie dem Klimaschutz, nicht im Dienst eines Werkes, das so langfristig angelegt wäre,

dass es erst der übernächsten Generation und nicht dem Ranking von morgen zugute käme. Apfelbäume zu pflanzen, macht hier wenig Sinn.

Für gute Bildung zu sorgen aber heißt, Apfelbäume zu pflanzen. Darum geht es in der gängigen politischen Forderung nach Nachhaltigkeit. Wie könnte eine Bildung organisiert und gelebt werden, die einlädt, an mehr zu denken, als an den eigenen Vorteil?

Eine solche Bildung würde fast im Mutterleib beginnen. Denn sie braucht ein Grundvertrauen, dessen Fehlen von Kindern schon im Mutterleib gespürt werden kann, etwa wenn die Mutter sich ihrer Lage nicht gewachsen fühlt. Grundvertrauen entsteht sehr früh, darüber sind sich die Gelehrten einig. Auch die kognitiven Fähigkeiten entwickeln sich früh. Ohne hier Lern- und Entwicklungsprozesse im Einzelnen beschreiben zu können, gilt es doch den Zusammenhang zwischen der Lern- und Bildungsfähigkeit von Kindern und ihrem Heranwachsen in Familien und sozialen Zusammenhängen zu unterstreichen, die ihr Selbstvertrauen, ihre Offenheit gegenüber der Welt, ihre Neugier und ihre Geduld zu lernen sowie dafür auch Anstrengungen auf sich zu nehmen, begünstigen. Deshalb gehören Bildungs- und Familienpolitik eng zusammen. Familien, das heißt verlässliches Zusammenleben von Eltern und Kindern in einer Partnerschaft, sind unverzichtbare Anker eines sinnvollen Lebens, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und jener Bildungsfähigkeit, auf die es uns für Gerechtigkeit als gleiche Bildungschancen ankommen muss.

Viel spricht dafür, dass die Zukunft der partnerschaftlichen Familie gehört, in der beide Partner sich gleichberechtigt und eben partnerschaftlich um die Kinder kümmern und, wenn sie dies wollen, ihren Beruf ausüben. Auch bei guten Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen, die wir noch lange nicht haben, und die ein zentraler Teil einer gelungenen Bildungspolitik sein müssen,

können Familien nur in Ruhe und Lebendigkeit zusammenleben, können Eltern und Kinder nur liebevoll aufeinander zu- und eingehen, wenn die Eltern während der intensivsten Familienzeit ihre Berufstätigkeit reduzieren – vielleicht auf Zwei Drittel der üblichen Arbeitszeit – und damit die biografische *rush hour* zwischen dem 25. Und dem 50. Lebensjahr entspannen. Für Karriere-Höhepunkte bleibt auch danach noch genug Zeit, was sich angesichts unserer erheblich gestiegenen Lebenserwartung durchaus organisch in unsere neuen Biographien einpasst. Ältere und reifere Berufstätige haben dann auch für Positionen, die mehr Verantwortung erheischen, einen wertvollen Schatz an Lebenserfahrungen gesammelt. Ich will dieses Thema, das ausführlicherer Überlegungen bedarf, an dieser Stelle abbrechen um weitere Bedingungen einer gelungenen Bildung wenigstens kurz zu skizzieren.

Wenn Selbstvertrauen und Selbstachtung an der Wiege gelungener Bildung stehen, dann folgt daraus auch einiges dafür, was einer weiteren Gedeihlichkeit des Bildungsprozesses zugute kommt. Ermutigen, zeigen wie man etwas besser machen kann, die Erfahrung von selbstbestimmter gelungener Leistung fördern, hilft mehr als an der Tafel beschämen oder die Leviten lesen. Das erfordert eine persönliche Beziehung zwischen Lehrern und Schülern. Dazu braucht man kleine Klassen. Vertrauen und Selbstvertrauen, Achtung und Selbstachtung gehören zusammen. Wer geachtet und als Person anerkannt wird, findet eher zur Selbstachtung und zur Achtung der anderen, zum Selbstvertrauen und zum Vertrauen in andere. Um etwas leisten zu wollen und zu können, sind wir nicht auf das letztlich eitle, jedenfalls egozentrische Ziel angewiesen, besser sein zu müssen als die anderen. Die gemeinsame Sache, das Projekt, zu dem jeder beiträgt, und die Freude an der Zusammenarbeit mit anderen motivieren viel nachhaltiger. Eine solche Motivation ist im Übrigen der Demokratie auch erheblich angemessener als der unaufhörliche Wettbewerb, der eine Kultur des Misstrauens, der Gegnerschaft und der Egozentrik ausbreitet,

weil der andere einem nicht als potenzieller Freund und Mitarbeiter, sondern als Bedrohung für die eigene Position begegnet. Wer eine Kultur der Gemeinsamkeit will, muss hier mit der Erneuerung anfangen.

Das Gesicht, das wir der von uns gewünschten Bildung geben, entspricht seit jeher der Vision, die uns von unserem Zusammenleben, von unserer Polis vor-schwebt. Platons „Staat“ ist ein Werk über Bildung. Deshalb ist vor allen Debat-ten über Föderalismus und Finanzierung eben die Frage zu klären, wie wichtig die Bildung uns eigentlich ist, die wirkliche, nicht die deformierte des Wettbe-werbs. Das verweist auf die grundsätzlichere Frage, wie wir zusammenleben wollen – ob in Vielfalt und Partnerschaftlichkeit oder in ständig misstrauischer Konkurrenz inmitten einer Kultur des Ehrgeizes. Wenn wir weiter von einer Ex-zelleninitiative zur nächsten hasten in der illusionären Vorstellung, dass die Auslese der Besten ganz vorne an stehen muss, dass ihre Kriterien sich von selbst verstehen und dass 10 Prozent Elite die Gesellschaft als Ganze voranbrin-gen, weshalb alles andere nicht so wichtig ist, dann werden wir Deutschlands Zukunft, die in einer neuen Kultur der Gemeinsamkeit und des Vertrauens liegt, nicht gewinnen. Wenn wir jährlich 80.000 Schüler ohne Schulabschluss ab-schreiben, obwohl es längst erprobte Unterrichtsformen gibt, die nicht prinzipi-ell von Defiziten der Kinder sondern von ihren Potenzialen ausgehen, dieses Po-tential als Reichtum heben und sie in einen aussichtsreichen Beruf bringen, dann liegt uns nicht an Bildung und auch nicht an den Menschen. Deswegen finde ich es auch mehr als gut und sinnvoll, dass wir nun einen Rechtsanspruch auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses durchgesetzt haben.

An die Stelle der geradezu manischen Verabsolutierung von Ehrgeiz und Wett-bewerbsdenken sollte Bildung von der frühesten Kindheit an die individuelle Person mit ihren je eigenen Potenzialen so in den Blick nehmen, dass alle ihre Fähigkeiten gestärkt werden.

Spitzenleistung würde sich dann an der Ausbildung und Verwirklichung dieser Potenziale messen und nicht an dem Vergleich mit anderen, der ein gleiches, in Wirklichkeit gleichmacherisches Niveau aller Kinder voraussetzt, an dem die Spitze gemessen würde. Die bayrische Lehrerin Sabine Czerny, die darauf bestand, den Lernfortschritt der ihr anvertrauten Schüler an deren je eigenen Fähigkeiten zu messen und mit der Anerkennung des individuellen Lernfortschritts, darin zugleich der Anerkennung der individuellen Person deren Selbstvertrauen und Motivation zu stärken – sie ist die Lehrerin der Zukunft. Die Zivilcourage, mit der sie in Verantwortung gegenüber ihren Schützlingen ihr Vorgehen verteidigt hat – gegen das alte Denken in standardisierten Zensuren, das alle Menschen gleichmacherisch an derselben Elle misst, verdient höchstes Lob, wie es überhaupt in diesem Land unzählige Pädagogen und Professoren gibt, die Gutes wollen und auf ihre Art dazu beitragen, dass die echte Bildung weiter Bestand hat.

Die Vielfalt der Talente bis zu deren Spitzenleistung zu entwickeln, für die Individuen wie für die gesamte Gesellschaft, so den eigentlichen Reichtum der Begabungen zum Tragen zu bringen und damit das elitenbezogene Prinzip einer hierarchischen Gesellschaft zugunsten eines partnerschaftlichen zu überwinden – darauf kommt es an, wenn wir Bildung zum Motor von Gerechtigkeit in einem zukunfts zugewandten Deutschland machen wollen. Dann erhält jeder die gleiche Chance, die ihm angemessene Bildung zu erwerben und sich in einer unübersichtlichen Welt zurechtzufinden. Von ihr sind wir in Deutschland zur Zeit meilenweit entfernt. Übrigens haben die Pisa-Studien auch gezeigt, dass Höchstleistungen gerade dort zu finden sind, wo die Leistungsergebnisse der Schüler eng beieinander liegen und man sich auf jeden in seiner Eigenart, nicht nur auf die sogenannten Besten konzentriert hat.

Die wohlwollende und sorgfältige Förderung der individuellen Potenziale steigert auch – gleichsam wie von selbst – das Niveau allgemeiner Leistungen wie Lesen, Schreiben, Verstehen und Mathematik.

Im übrigen würde die Förderung der Vielfalt auch dem Gemeinwohl unseres Landes am besten dienen, weil wir dann erheblich mehr Potenziale verwirklichen als mit der bisherigen Methode, die wertvolle Talente verkümmern lässt und viele junge Menschen entmutigt, Angst schürt und damit die wichtigste Barriere gegen erfolgreiches Lernen errichtet. Wenn wir Bildung wirklich wollen, um der Gerechtigkeit und der Zukunft unseres Landes in der Globalisierung willen, dann müssen wir uns jedem einzelnen zuwenden und die Förderung und Anerkennung von Vielfalt zu unser aller Gunsten in den Mittelpunkt stellen. Dann müssen wir zum Beispiel die offenkundige Benachteiligung von Migrantenkinder in eine weltoffene Inklusion schon ihrer Herkunftsfamilien und in die Pflege ihrer besonderen Kompetenzen verwandeln, die sich aus ihrer Herkunft ergeben. Und wir müssen darüber nachdenken, ob wir nicht für ein wirklich flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen sorgen müssen. Denn dort entsteht, wie Studien bewiesen haben, eine ganz neue Kultur des Miteinanders und der Partnerschaft zwischen Eltern, Lehrern und Schülern. Das kostet zunächst viel Geld, nachhaltig oder volkswirtschaftlich betrachtet rechnet sich das aber.

Dann müssen wir bei ihnen die Pflege der deutschen *und* ihrer Muttersprache fördern und damit ein Bildungsziel, das in unserer Welt ohnehin ganz oben stehen muss: *die Pflege der Mehrsprachigkeit und der Verständigungsfähigkeit*, von der unsere friedliche Zukunft auf der Erde abhängt. Jeder kleine Türke, jede kleine Polin, jeder kleine Russe, Vietnamesen und jede kleine Araberin bietet das Potenzial der Mehrsprachigkeit, wenn wir die Herkunftsfamilien mit einbeziehen. Das sollten wir uns etwas kosten lassen.

Eine solche Politik verbindet die Anerkennung der Personen – die übrigens eine weitere Form der Gerechtigkeit praktiziert, weil sie ihnen gerecht wird – mit den Chancen, dass sie nicht nur ihr Fortkommen in Deutschland finden, sondern für Deutschland sogar in der Wirtschaft einen riesigen Reichtum darstellen für die unverzichtbaren zukünftigen weltweiten Verflechtungen. Dabei schließt Mehrsprachigkeit nicht nur die Kulturen der verschiedenen Herkunftsländer ein, sondern bezieht sich im übertragenen Sinne überhaupt auf die Kenntnis unterschiedlicher Lebens- und Sachbereiche in Deutschland. Deshalb ist sie in Zukunft die entscheidende Voraussetzung für eine Verständigungsfähigkeit, von der eben das friedliche Überleben unserer Erde abhängt.

Wenn uns Bildung wirklich wichtig ist, wenn wir die Förderung der Vielfalt, die Stärkung der Menschen und ihrer Potenziale auch für die Übernahme bürger-schaftlicher Verantwortung, die Mehrung des Reichtums durch Kooperation, Anstand und Mitmenschlichkeit und die Überwindung von Hierarchie zugunsten des Prinzips der Partnerschaftlichkeit wirklich wollen und in den Mittelpunkt unserer Bildungspolitik stellen, dann können wir auch den im Konkurrenzdenken erstarrten Bildungsföderalismus in einen kooperativen Föderalismus verwandeln. Er würde den Vorteil der Vielfalt und der Freiheit dezentraler Lösungen – den eigentlichen Vorzug des Föderalismus – mit dem Impetus einer neuen Kultur der Gemeinsamkeit verbinden. Wenn wir die Kolonialisierung aller unserer Lebenswelten durch Ehrgeiz und Konkurrenz allerdings beibehalten, wird uns das nicht gelingen. Ob wir Gemeinsamkeit in der Vielfalt schaffen, hängt von uns ab. Den Föderalismus selbst können und wollen wir in der deutschen Tradition nicht abschaffen. Aber wir können ihn zum Instrument für eine gute Zukunft machen.

Alle weiteren Konkretisierungen von Bildung in der Praxis – die Durchlässigkeit der Bildungswege, das selbstbestimmte Lernen in möglichst Praxis nahen Projekten, die die Sachgebiete und die jungen Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten partnerschaftlich zusammen führen und so Gemeinsamkeit schaffen, das immer erneute Eröffnen von Chancen, um den unterschiedlichen Biographien gerecht zu werden – diese und andere Folgerungen ergeben sich leicht, wenn wir einmal aus der gegenwärtigen Enge eines ökonomistischen Bildungsverständnisses herausgetreten sind.

Und damit auch aus der Enge der Kurzatmigkeit, die das oberflächliche schnell messbare Effizienzdenken nahe legt, die der Generationengerechtigkeit im Wege steht und die wir zugunsten der Nachhaltigkeit überwinden müssen. Ich wollte darauf am Ende zurückkommen. Auch die zukünftigen Generationen sind unsere Partner, an die unser Gefühl – ein wichtiger Motor unseres Handelns – eher gebunden ist, wenn wir Enkel, wenn wir Familie haben. Nicht zuletzt deshalb haben partnerschaftliche Familien eine so große Bedeutung für unsere Zukunft. Ob es sich um leichtfertig angehäuften Schulden, um den schonenden Umgang mit vergänglichen Ressourcen, um die Bekämpfung der Armut auf unserem Planeten, um die Entwicklung zukunftssträchtiger Technologien oder um den Klimawandel handelt: mit einer wirklichen Bildung, die die fatale strukturelle Verantwortungslosigkeit des ökonomistisch reduzierten Horizonts überwindet, haben wir die Chance, die Zukunft gemeinsam zu gewinnen. Auch angewandte Forschung muss zu diesem Zweck wie Professor Schellnhuber, der Klimaberater von Bundeskanzlerin Merkel, unermüdlich unterstreicht, zumindest zum Teil unabhängig von wirtschaftlichen Transferinteressen unterstützt werden, nicht nur die Grundlagenforschung der Max-Planck-Gesellschaft.

Mit der Diagnose, wo die tieferen Ursachen der Finanzmarktkrise liegen, und wie tief diese Krise eigentlich reicht, sind wir noch lange nicht fertig. Orthodoxe Marxisten und Marktradikale treffen sich heute zuweilen wieder in der Behauptung, solche Krisen gehörten unweigerlich zum Kapitalismus. Wenn das so wäre, hätten wir keine Chance. Dann wären wir unweigerlich ein Anhängsel des anonymen Marktgeschehens. Ich behaupte dagegen, wir können uns davon befreien. Wir können eine gute Zukunft gestalten, wenn wir uns radikal auf den Sinn von Bildung, von guter Politik, auf ein gutes Leben – wie die Alten sagten – besinnen. Die Krise hat bereits heute solche Neubesinnung ausgelöst.

Die Politik muss schnell reagieren, konkrete Regelungen für den Finanzmarkt müssen Transparenz und öffentliche Kontrolle verbessern, wir müssen versuchen, einer Rezession entgegenzusteuern. Aber eine Wende wird erst eintreten, wenn wir alle langfristig in der Bildung neue Prioritäten setzen. Es hilft nicht aus der Krise, wenn wir die Banker kollektiv verurteilen. Leviten lesen gehört zur schwarzen Pädagogik, die allenfalls Ressentiments bedient, aber nicht wirklich Abhilfe schafft. Wir haben gerade in der Hochschulbildung Borniertheit, das Mitlaufen mit dem, was gerade angesagt ist, strukturell begünstigt. Nonkonformismus kostet angeblich zu viel Zeit. Das Stromlinienförmige fährt in Sachen Karriere besser. Dieses soziale Mitläufertum müssen wir durch eine Erneuerung der Bildung ablegen. *Wer weiterhin den globalen Wettbewerb als Sachzwang gegen das Nachdenken über Gerechtigkeit ins Feld führt, bereitet der nächsten Krise den Weg.*

„Gerechtigkeit und Bildung: Für eine Politik der Chancen“ dieses Programm verlangt konkret, eine radikale Offensive zur Förderung der benachteiligten Jüngsten und ihrer Herkunftsfamilien zu starten – seien es Hartz-IV-Empfänger, gering verdienende allein erziehende Eltern oder sozial schwache Migrantenfamilien –,

damit sie über die Erfahrung von Gerechtigkeit wieder Vertrauen in unser Land fassen. Es verlangt, mit einer nachhaltigen Bildung den Sinn für Generationengerechtigkeit z.B. im Klimaschutz zu stärken und diese schon heute durch Taten zu bekräftigen. Es verlangt, das alles überwuchernde Konkurrenzdenken mit neuer Phantasie in eine Politik der Chancen zu verwandeln, in der alle gewinnen können. Dies wäre der neue Gesellschaftsvertrag, den wir brauchen.

Allerorten heißt es: Was uns fehlt ist Vertrauen. Ohne Gerechtigkeit und wirkliche Bildung wird es kein Vertrauen geben. Ohne Gerechtigkeit und Bildung gibt es auch keine Gemeinsamkeit. Und ohne neue Gemeinsamkeit auch keine gute Zukunft. *Vertrauen stiften, Gemeinsamkeit schaffen, Zukunft gewinnen – darauf kommt es an.*

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!